

30 Schulsozialarbeiter sollen bleiben

Senat will Stellen bis Ende des Schuljahres finanzieren – sieht aber den Bund in der Verantwortung

Ein Teil der 46 Schulsozialarbeiter, die mit Bundesmitteln finanziert werden, soll bleiben. Die Bundesfinanzierung läuft zum Jahresende zwar aus, der Senat arbeitet derzeit jedoch an einer Zwischenfinanzierung bis zum Schuljahresende. Spätestens dann soll der Bund wieder zahlen. Rückendeckung gibt es dafür nun aus beiden Fraktionen der rot-grünen Koalition.

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Die rot-grüne Regierungskoalition will 30 der 46 Schulsozialarbeiter halten, die derzeit aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes finanziert werden – zumindest vorübergehend. Die Bundesfinanzierung läuft Ende 2013 aus. Bisherige Bemühungen um eine Verlängerung blieben erfolglos. Und der Bremer Senat betonte zwar immer die Bedeutung und den pädagogischen Nutzen der Schulsozialarbeiter. Er betonte aber auch, dass er eigentlich keine Möglichkeit sieht, sie aus Landesmitteln weiterzufinanzieren.

Zumindest für einen Übergangszeitraum soll das nun doch geschehen. Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) und Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) hatten schon bei der Halbzeitbilanz der Regierung im Juni angekündigt, dass es in Schwerpunkts-

regionen für einen Teil der Stellen eine Zwischenfinanzierung geben soll – zumindest bis zum Ende des Schuljahres. Ziel sei es, für die Schulen Kontinuität herzustellen und die Arbeit nicht zu unterbrechen, erklärten sie. Und Ziel bleibe auch, die weitere Finanzierung durch den Bund zu erreichen. Bremen trat daher auch einer Bundesratsinitiative bei, die ein größeres finanzielles Engagement des Bundes im Bildungs- und Hochschulbereich fordert – unter anderem auch bei den Schulsozialarbeitern.

Rückendeckung gibt es dafür aus den Koalitionsfraktionen. Die SPD hatte auf einer Fraktionsklausur im Mai einen Antrag vorbereitet, der den Senat aufforderte, eine Fortsetzung des Ganztagsausbaus und eine Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter zu prüfen. Und zumindest im letzten Punkt herrscht mit dem grünen Koalitionspartner Einigkeit.

Die Fraktion werde heute in ihrer Sitzung diesen Punkt beraten, heißt es dort. „Es ist unser klares politisches Ziel, dass wir versuchen wollen, das halbe Jahr bis zum Schuljahresende zu überbrücken“, sagt Fraktionschef Matthias Güldner. Nach der Bundestagswahl solle mit dem Bund erneut verhandelt werden. Dass man damit bis zum Jahresende – wenn die Verträge und die Finanzierung auslaufen – schon er-

folgreich ist, erscheine aber unwahrscheinlich. „Wir kaufen uns jetzt Zeit, damit dieses wichtige Programm fortgesetzt werden kann“, sagt Güldner, „dauerhaft sind wir hier, wie auch in anderen Bereichen, aber auf die Hilfe des Bundes angewiesen.“

Ähnlich sieht das der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. „Der Ganztagschulausbau, die Schul-

„Wir kaufen uns jetzt Zeit,
damit das Programm
fortgesetzt werden kann.“

Matthias Güldner, Grünen-Fraktionschef

sozialarbeit und die Inklusion sind nationale Aufgaben, die von den Ländern allein nicht zu stemmen sind – und bei denen auch der Bund Verantwortung übernehmen muss“, sagt er – und erteilt erneut einer Forderung der Bremer CDU eine Absage. Die Union hatte gefordert, nicht nur Gespräche mit dem Bund zu führen, sondern darüber hinaus die Finanzierung der Schulsozialarbeiter im Doppelhaushalt für die Jahre 2014/2015 einzuplanen.

Dass es nun zu einem frühen Zeitpunkt gelungen sei, Einigkeit in Senat und Koalition herzustellen, sei von großer Bedeutung, betonte Güngör. „Es ist ein wichtiges Signal sowohl für die Schulen als auch für die betroffenen Schulsozialarbeiter“, sagte er. Nun gebe es zumindest bis zum Schuljahresende Planungssicherheit. Auch Güldner betonte, selbst wenn die Details zu Standorten und Finanzierung noch nicht geklärt seien, sei es wichtig, das entsprechende Signal schon jetzt auszusenden.

Derzeit arbeitet der Senat noch an der konkreten Ausgestaltung des Vorhabens. Die genaue Finanzierung werde erarbeitet, so ist zu hören. Und in der Bildungsbehörde steht man kurz vor der Fertigstellung einer Liste mit 30 Standorten, an denen man den dringenden Bedarf sieht. Behördensprecherin Christina Selzer zeigt sich erfreut über die Entscheidung des Senats und die Rückendeckung aus den Fraktionen. „Das verschafft uns Luft und schafft Kontinuität, damit das Know-How der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nicht verloren geht“, sagt sie. Auch sie betont allerdings: „Wir setzen darauf, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr die hohe Bedeutung der Arbeit weiterhin anerkennt und die Stellen aus Bundesmitteln finanzieren wird.“